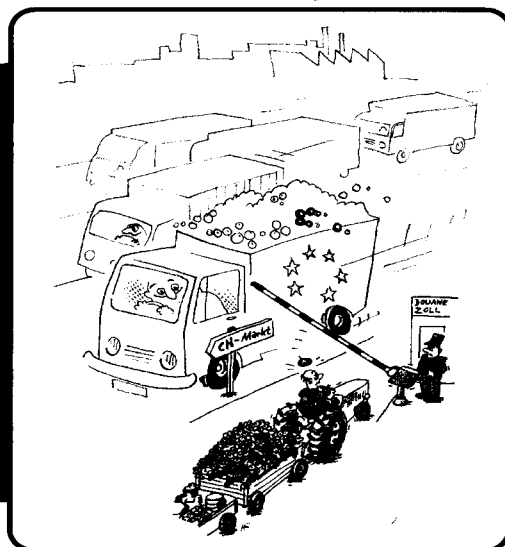


# Für eine ökologische und soziale Schweiz in einem freien Europa

## DIE ZWEI SEITEN DER BILATERALEN MEDAILLE

oder: Worauf Europa wartet...

EU NO PRIORITY  
PAS PRIORITAIRE



Edgenössisches Komitee gegen Blindheit auf einem Auge

aus der Abstimmungsbroschüre des Integrationsbüros EDA/EVD

Keine Überschwemmung mit unökologischen Massenprodukten!

Am 21. Mai 2000: **BILATERALE ABKOMMEN - NEIN**

## Für gentechfreie Produkte in der Schweizer Landwirtschaft

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) will in den nächsten zehn Jahren keine gentechnisch veränderten Organismen (GVO) auf Schweizer Feldern. («Bauern wollen Landwirtschaft ohne Gentech», «Tages-Anzeiger» vom 27.4.2000)

Doch wie sieht es in der EU aus? Hier sind bereits eine Reihe von GVO auf dem Lebensmittelmarkt zugelassen. Dass das EU-Parlament bereits auf dem Kurs der Agro-Multis ist, beweist folgender Entscheid: Versuche, strengere Vorschriften für die Produktion und Verwendung von GVO einzuführen, wurden erst kürzlich vom EU-Parlament abgeschmettert. Es lehnte eine Umwelt- und Gefährdungshaftung mit Versicherungspflicht für die GVO-Hersteller, ein Verbot für den Einsatz von antibiotikaresistenten Genen sowie das Verbot der Genübertragung von GVO auf andere, natürliche Pflanzen ab. So müssen die GVO-Hersteller nicht einmal vollumfänglich für die unabsehbaren Folgen für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen haften! («Etappe Sieg für die Industrie», «Tages-Anzeiger» vom 13.4.2000)

Mit dem Landwirtschaftsabkommen könnte sich die Schweiz nicht mehr gegen die Überschwemmung des Marktes mit Gentech-Produkten wehren

(Art. 14 Abs. 2): Bald würde es für Schweizer Bürger keine freie Wahl mehr zwischen natürlichen Lebensmitteln und industriellen Kunstprodukten geben, weil nachher alle Lebensmittel den EU-Normen unterstellt sind. Wollen wir das?

## Für eine ökologische Schweiz

Die Alpeninitiative und die dazugehörige Verfassungsbestimmung in Art. 84 BV verlangt, dass bis 2004 der alpenquerende Güterverkehr von Grenze zu Grenze auf die Schiene gebracht werden muss, um so die Belastung für Mensch, Tier und Pflanzen auf ein erträgliches Mass zu reduzieren. Die bilateralen Verträge setzen diese ökologisch sinnvolle Regelung aber ausser Kraft. Und das weiss Bundesrat Moritz Leuenberger ganz genau! Mit dem Landverkehrsabkommen würde sich die Schweiz nämlich bereits ab 2005 verpflichten, eine unbegrenzte Anzahl von 40-Tonnern durch das Land fahren zu lassen! Dies würde zu einer unabsehbaren Lastwagenlawine (600 000 zusätzliche Lastwagen, gemäss M. Leuenberger) führen – ein unzumutbarer Zustand für Mensch und Umwelt in der Schweiz! Die Lobby der Grosskonzerne hat kein Interesse am Umweltschutz, sondern ausschliesslich an Gewinnmaximierung – sie transportiert in völlig sinnloser Weise Güter quer durch Europa. In Österreich ist in den vier Jahren seit

der EU-Mitgliedschaft das Verkehrsaufkommen um über 50% gestiegen (siehe unten). Wollen wir die Schweiz dieser Flut und der damit verbundenen Lärm- und Luftbelastung ausliefern?

### Für eine soziale Schweiz

Die Schweiz ist ein kleinstrukturiertes Land, dessen Wirtschaft überwiegend von kleinen und mittleren Unternehmen getragen wird. 99% der Schweizer Unternehmen haben weniger als 200 Angestellte, in denen auch wir unsere Arbeitsplätze finden werden. Diese Unternehmen sind in der demokratischen und ökologischen Kultur unseres Landes verwurzelt und tragen soziale Verantwortung. Die EU aber ist das Mekka der Grosskonzerne, die beliebig Entlassungen vornehmen, wenn dadurch ihre Aktienkurse steigen. Der einzelne Arbeitnehmer zählt bei ihnen nichts mehr. Mit den Bilateralen Verträgen werden gerade diese Grosskonzerne begünstigt, weil nur sie dem harten Konkurrenzkampf mit Tiefstpreisen standhalten können. Damit wird das heimische Gewerbe bewusst geopfert. Ein starker Anstieg der Arbeitslosenzahlen in der Schweiz wäre die unabwendbare Folge (siehe Arbeitslosenzahlen in der EU: 11,5% im Durchschnitt!). Dies liegt wiederum ganz im Interesse der Grosskonzerne. So sagte der ehemalige Vorstandsvorsitzende von Mercedes Benz, Edzard Reuter: «Eine gewisse Arbeitslosigkeit lähmt die Lohnforderungen.» Wer fordert noch einen angemessenen Lohn, wenn er um seine Stelle bangen muss? Dieses System ist aber nicht im Sinne der Menschen, es ist inhuman. Schützen wir unsere Wirtschaft und bewahren wir sie vor Lohndumping und ungesunder Gewinnmaximierung!

### Für eine friedliche, demokratische und neutrale Schweiz

Die Schweiz als Vielvölkerstaat hat eine lange friedliche Tradition. Sie ist auf die Verteidigung ihrer Grenzen ausgerichtet und nicht auf einen Angriffskrieg. Aber wie sieht es in der EU aus? Die Mehrzahl der EU-Staaten sind Mitglieder der Nato und haben als solche den Wandel der Nato von einem Verteidigungsbündnis zu einem Angriffspakt am 28. April letzten Jahres in Washington mitvollzogen. Die Nato behält sich seit 1999 vor, bei Krisen sehr undefinierter Art militärisch einzugreifen – dies auch im Falle innerstaatlicher Konflikte. Das beste Beispiel hierfür ist der Kosovo-Krieg. Der Krieg als Mittel zur Durchsetzung politischen Willens ist wieder en vogue. Im Gleichzug mit dem Wandel der Nato-Doktrin hat auch die EU ein Militärkonzept entwickelt: Sie plant nun den Aufbau einer Angriffsarmee, der

«flexiblen Eingreiftruppe» mit 60 000 Mann. Sind wir für eine zunehmende Militarisierung Europas? Wollen wir uns an einen Vertragspartner binden, der nicht davor zurückschreckt, seine politischen Interessen militärisch durchzusetzen?

### Beispiel Österreich: Versprechungen vor dem EU-Beitritt und die Realität

**Versprechen:** Der Transitvertrag von 1993 werde als Sicherheitsbarriere gegen ungebremsten Transitverkehr weiterhin wirksam bleiben.

**Realität:** Zunahme des Schwerverkehrs um mehr als 50%. Die jährlichen Zuwachsraten sind zweistellig. Tendenz stark ansteigend. Durch die Osterweiterung droht eine Transithölle.

**Versprechen:** Die Landwirtschaft werde aufgewertet, Österreich werde zum «Feinkostladen Europas». Der EU-Beitritt sei wegen des Zuchttrinderexportes notwendig.

**Realität:** Handelsdefizit bei Agrargütern stieg von 1995–1997 um 44%. Die Zuchtviehexporte nahmen schon 1995 im Vergleich zu 1994 um 60% zu. Ein massives Bauernsterben setzte ein.

**Versprechen:** Arbeitsplätze werden geschaffen, die Konsumentenpreise sinken, die Umweltverschmutzung werde abnehmen.

**Realität:** Aufgrund massenhafter Betriebsschließungen stieg die Arbeitslosenzahl jährlich an. Die Kaufkraft der Bevölkerung sank aufgrund vieler neuer Belastungspakete; zudem stieg die Inflation. Die EU betreibt Öko-Politik auf niedrigstem Niveau, weil jedes Handelshemmnis rücksichtslos aus dem Weg geräumt wird.

